
GRÜNE SEITEN

Bündnis 90 / Die Grünen in der Region Hannover

Ausgabe 03/15 (Nov. 2015)

10 JAHRE REGIONSVERBAND



FLUCHT.

INHALT

- 2 Editorial
- 3 Flucht und Arbeit
- 4 Region unterstützt Kommunen
- 4 Einer der herzlosesten Orte Europas
- 5 Fluchtursachen konsequent bekämpfen
- 6 Wohnungslosigkeit keine Frage von Schuld
- 7 Keine Windräder am Kronsberg
- 7 Klimaschutz braucht Windkraft
- 8 Brüder zur Sonne zur Freiheit
- 10 Jahre Regionsverband Hannover
- 12 Eine Geschichte vom Neuanfang
- 13 Regionale Vermarktung
- 13 Kein Gen-Food auf Europas Märkten
- 14 Vom Wundermittel zur Gesundheitsgefahr
- 15 Abfallgebührenordnung
- 16 Bericht aus dem Bundestag
- 16 Bericht aus dem Landtag
- 17 Bericht aus der Region
- 17 Bericht aus dem Rathaus der LHH
- 18 Kommunale Ungleichheiten beseitigen
- 19 Nachgerückt: Klaus Geschwinder
- 19 Impressum
- 20 Glosse: Aber, Aber ...

Liebe Freundinnen und Freunde,



In dieser Ausgabe der Grünen Seiten sind Flucht und Migration ein weiteres Mal das beherrschende Thema. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht, suchten so viele Menschen Zuflucht in Deutschland. Die zuständigen MitarbeiterInnen von Behörden und Hilfsorganisationen, die sich um Flüchtlinge kümmern, um Unterkünfte, Verpflegung und Transport, stoßen an ihre Grenzen. Nichts deutet darauf hin, dass sich diese Lage bald entspannen könnte.

Wir Menschen im Westen sind nicht ganz unschuldig an den Flüchtlingsströmen. Das militärische Eingreifen der westlichen Länder im Irak und in Afghanistan hat die Probleme nicht gelöst, sondern verschlimmert. Die EU-Fangflotten fischen ganze Meere vor der afrikanischen Küste leer, Restprodukte wie Altkleider oder Hähnchenteile ruinieren ganze Branchen in Entwicklungsländern. Der von uns mitverursachte Klimawandel verschärft die Probleme noch. Wir leben auf der Schokoladenseite dieses Planeten, in einem friedlichen und reichen Land mit funktionierenden sozialen Sicherungssystemen, einem hervorragenden Bildungs- und Gesundheitssystem. Wer, wenn nicht wir, könnte die Herausforderung meistern, Flüchtlinge in großer Zahl aufzunehmen und menschenwürdig zu versorgen?

Wir Grüne stehen für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Wer Schutz benötigt, soll ihn erhalten. Das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention kennen keine Obergrenze. Wir werden tun, was dafür getan werden muss. Und wir werden es nicht zulassen, dass hilfsbedürftige Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und sich die Gesellschaft an dieser Frage spaltet. An vielen Orten in der Region Hannover erleben wir, dass sich über die Parteigrenzen hinweg Menschen engagieren, für eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der ankommenden Flüchtlinge. Ohne dieses Engagement der vielen Ehrenamtlichen und Freiwilligen wäre die Situation nicht zu bewältigen. Diesen HelferInnen danken wir von Herzen. Wir werden dieses Engagement nach Kräften unterstützen.

Frauke Patzke und Urs Mansmann Regionsvorsitzende

FLUCHT UND ARBEIT

Flüchtlinge zeitnah in Ausbildung und Arbeit bringen

Es gibt gut ausgebildete Flüchtlinge und großes Interesse an der Fachkräftesicherung. Wie kann das verknüpft werden! Zu diesem Thema hatten die Landtags-Grünen am 22.9. zum Fachgespräch eingeladen.

„Die Bundesagentur für Arbeit (BA) stellt sich ihrer Aufgabe“, betonte zu Beginn der Veranstaltung Ulrich Christ der Migrationsbeauftragte der BA. „Wir schaffen eine neue Willkommenskultur mit möglichst frühzeitiger Beratung und Vermittlung in Ausbildung und Arbeit sowie mit Sprachkursen.“ Die BA-MitarbeiterInnen würden jetzt speziell ausgebildet, um mit den neuen Aufgaben umgehen zu können. Was bleibe, sei die Vorrangprüfung. Diese habe den Vorteil, dass die Argumente der KritikerInnen entkräftet werden könnten. Denn zunächst würden Deutsche und EU-Mitglieder in Arbeit vermittelt. „Flüchtlinge nehmen den Deutschen also keine Arbeit weg!“

Genau diese Regelung sei einer der vielen Nadelöhre, die die Flüchtlingsarbeit so schwierig mache“, entgegnet die zweite Referentin Bernadette Tusch, vom Institut für angewandte Kulturforschung Göttingen. Fairbleib, ist ein Netzwerkprojekt in Südniedersachsen, dessen Ziel die individuelle Beratung, Schulungen sowie Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung von Flüchtlingen ist. Bei der Integration seien viele Hürden zu nehmen, die Bernadette Tusch mit dem Kamel und dem Nadelöhr



v.l.n.r.: Sabine Ostendorf, Brigitte Pothmer, Ulrich Christ, Maaret Westphely, Bernadette Tusch

vergleicht. Und dann zählt sie die verschiedenen Nadelöhr-Ebenen auf: Gesetzgebung, Ausländerbehörde, BA, dezentrale Unterbringung in Orten ohne Infrastruktur, Bildung, Betriebe und die Flüchtlinge selbst. Einige Beispiele dazu. Nadelöhr Gesetze: Der Ausschluss bei der Zeitarbeit verhindert, dass die Flüchtlinge dieses Sprungbrett für die Arbeitsvermittlung nehmen können. Kein BAföG verhindert die

Ausbildung vieler. Nadelöhr Bundesagentur: Die Vorrangprüfung verhindert die Arbeitsvermittlung. Nadelöhr Bildung: Es gibt zu wenige Sprachkurse. Es fehlt an Teilzeitangeboten für Alleinstehende mit Kind. Schließlich das Nadelöhr Flüchtlinge: Viele haben Schulden und müssten sofort Geld verdienen. Sie haben keine Zeit für eine Ausbildung.

Die anschließende engagierte Diskussion bestätigt die Nadelöhr-Erfahrungen. Die vielen Hürden lassen auch die Helfenden manchmal verzweifeln: Da möchte ein Arbeitgeber einem Flüchtling Arbeit geben, alle sind sich einig, man freut sich – doch dann verhindert die Vorrangprüfung die Anstellung. Ein Flüchtling möchte sich qualifizieren und einen Führerschein machen, doch den theoretischen Test gibt es nicht auf Arabisch.

Vorbildlich ist das vor einem halben Jahr eingerichtete Migrationszentrum des Landkreises Osnabrück. Dort wurde ein rechtsübergreifendes System eingerichtet,

Das haben wir erreicht (Auswahl):

- Fachkräfteinitiative Niedersachsen,
- Sicheres Bleiberecht für Geduldete während der Ausbildung
- Einstieg in die frühzeitige Kompetenzerfassung von Flüchtlingen, Unterstützung des Netzwerkes „Integration durch Qualifikation“
- Ausbau der Sprachförderung und Förderprogramme zur Sprachvermittlung,
- Erleichterung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Papiere

Das fordern wir (Auswahl):

- Bedarfsgerechter Ausbau von Sprach- und Integrationskursen
- Hilfe aus einer Hand von Anfang an
- Abschaffung der Vorrangprüfung
- Erleichterung der Arbeitsmigration von Nicht-EU BürgerInnen
- Bundesweit 2.000 neue Stellen in den Jobcentern

wo auf einem Flur mit der Ausländerbehörde Integrations- und Sprachkurse vermittelt und diverse Einzelprojekte mit Einbindung des Ehrenamtes koordiniert werden. Für die Zusammenarbeit der Meldebehörden und der Ausländerbehörde wurde eigens eine AG gegründet.

Das Fazit: Vielerorts gibt es gute Ansätze, wie Aufnahme und Integration von Flüchtlingen reibungsloser gestaltet werden kann. An den dicken Brettern wie dem Wegfall der Vorrangprüfung oder einem modernen Einwanderungsgesetz werden wir noch eine ganze Weile zu bohren haben.

Maaret Westphely
Landtagsabgeordnete
maaret.westphely@
lt.niedersachsen.de



Thomas Schremmer
Landtagsabgeordneter
thomas.schremmer@
lt.niedersachsen.de



REGION UNTERSTÜTZT KOMMUNEN Flüchtlingsunterbringung und -sozialarbeit

Wir werden uns weiterhin für die Stärkung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge, die teils traumatisiert zu uns kommen, einsetzen. Letztendlich kommen in den nächsten Jahren mehr Menschen zu uns, die in der Region Schutz suchen. Darauf müssen wir uns einstellen und die Regionalkommunen weiter bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unterstützen. Darauf haben Regionspolitik und die Regionsverwaltung bereits reagiert. Die Region stellt seit dem Jahr 2015 den Regionalkommunen Sondermittel in Höhe von 1,34 Millionen Euro für die soziale Begleitung und Beratung von Flüchtlingen zur Verfügung und hat diese

Betrag im September noch auf 2,68 Millionen Euro erhöht, um sie in diesem Bereich zu unterstützen. Darüber hinaus hat die Region ihr Wohnraumförderprogramm für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Asylbewerber und Flüchtlinge geöffnet. Auch die an die Region gezahlten Erstattungsleistungen für die Betroffenen müssen angepasst werden, da sie die tatsächlichen Kosten nicht decken.

Doris Klawunde
stv. Regionspräsidentin
doris.klawunde@
regionsversammlung.de



Infos zur Flüchtlingshilfe in der Region :
<http://digital.haz.de/hannoverhilft/>

EINER DER HERZLOSESTEN ORTE EUROPAS

Die Insel Kos ist völlig überfordert mit der großen Zahl an Flüchtlingen

Im August spitzte sich die ohnehin dramatische Lage der Flüchtlinge auf der griechischen Insel Kos weiter zu - auch in türkischen und deutschen Medien wurde breit berichtet. Belit schildert seinen Tagesbesuch.

Die griechische Insel Kos liegt nur einen Steinwurf vom türkischen Festland entfernt im Mittelmeer - die kleinste Entfernung beträgt weniger als fünf Kilometer. Damit wirkt die zu überbrückende Distanz, anders bei der Querung des ganzen Mittelmeeres, auf den ersten Blick für Flüchtlinge überschaubar. Der Landweg bis zur türkischen Küste stellt besonders für Flüchtlinge aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Pakistan oder aus Sudan und Äthiopien ein Ausweg aus ihrer Not dar. Entsprechend hoch sind die Zahlen der Flüchtlinge, die sich von der türkischen Bodrum-Halbinsel auf den Weg nach Kos machen. Und entspre-

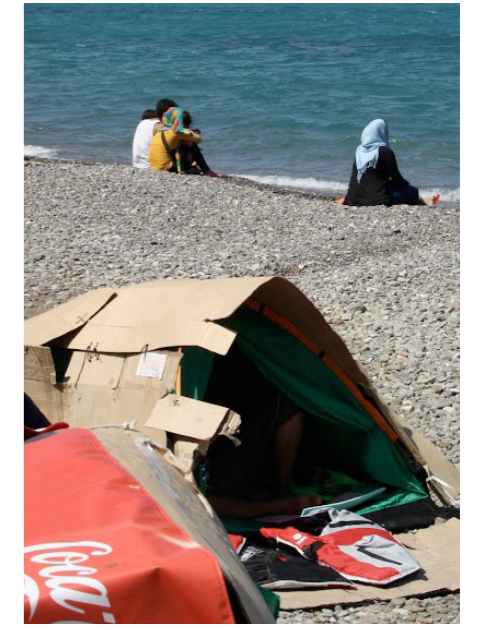
chend überfordert und hilflos sind die griechischen Behörden vor Ort. Nachdem Claudia Roth einige Tage zuvor auf der Insel war, hat mich die breite Berichterstattung über die dortigen Zustände dazu bewogen, mir ebenfalls einen Eindruck von der Situation vor Ort zu verschaffen.

Gefährliche Überfahrt

Ich konnte problemlos direkt mit der Fähre von Bodrum nach Kos übersetzen. Diese Möglichkeit bleibt den Hunderten von geflüchteten Menschen, die auf eine Gelegenheit zum Übersetzen warten, verwehrt. Sie müssen sich auf

Schlepper verlassen oder kaufen völlig übersteuert Gummiboote, die alles andere als seetauglich sind. Die Übersetzung erfolgt in der Regel nachts, was selbst die scheinbar kurze Distanz von rund fünf Kilometern zu einer sehr riskanten Fahrt werden lässt.

Die gefährliche Flucht wird zudem von der griechischen Küstenwache erschwert, die offenbar häufig zu fragwürdigen Mitteln greift - etwa indem sie Löcher in Schlauchboote nahe des türkischen Festlandes sticht, um die Flüchtlinge zur sofortigen Umkehr zu zwingen!



Schwimmwesten zeugen von geglückten Überfahrten, doch viele Flüchtlinge auf der Insel Kos sind obdachlos.

Bizarre Bilder

Am gesamten Strand von Kos finden sich die Spuren geglückter Überfahrten: Schwimmwesten, Paddel, aufblasbare Boote, Rettungsringe, Kleidungsstücke, Schuhe und vieles mehr.

Vor Ort bietet sich dann ein wirklich bizarres Bild: Während Kos mit seinen breiten Sandstränden und ruhigen Buchten für Touristen ein Urlaubsparadies ist, stellt es für Flüchtlinge die Landung am herzlosesten Punkt Europas dar. Auf der einen Seite schlürfen Touristen am Strand ihre Cocktails und sonnen sich und keine fünf Meter entfernt warten Flüchtlinge in der Hitze vor der Polizeiwache oder am Fährhafen. Hier bekommen Flüchtlinge das europäische Unvermögen in Sachen Flüchtlingspolitik am eigenen Leib zu spüren.

Strukturen vor Ort unzureichend

In ihren Herkunftsländern gehörten viele der Geflüchteten zur Mittelschicht, was sich auch am Bildungsgrad zeigt - viele sprechen ein passables Englisch. Auf Kos hingegen sind die Lebensbedingungen äußerst problematisch. So konnte ich das völlig desolate Fußballstadion besuchen, welches

vor einigen Wochen durch die Ausschreitungen der bis zu 1500 dort zusammengepferchten Flüchtlinge bekannt wurde. Die Menschen wollten die Insel schneller wieder verlassen dürfen und vor allem mit ausreichend Nahrung versorgt werden. Das Stadion bietet einen traurigen Anblick, eine würdige Unterbringung sieht definitiv anders aus. Viele andere Flüchtlinge hausen teilweise seit Wochen im Freien. Die geflüchteten Menschen prägen das Stadtbild: auf den Grünflächen, an schattigen Plätzen oder am Strand. Dabei sind sie hinsichtlich der Versorgung auf sich alleine gestellt. Es gibt kein Obdach, keine Versorgung mit Lebensmitteln und keinen Zugang zu sanitären Anlagen - weder vonseiten des griechischen Staates noch vonseiten der EU. Allenfalls erhalten sie Hilfe von Einheimischen oder Touristen.

Kaum Lichtblicke

Während des Tages, den ich auf der Insel verbracht habe, gab es aber auch eine gute Entwicklung. Ich durfte mit ansehen, wie die erste Fähre, die vom griechischen Staat zur Überfahrt von Flüchtlingen aufs Festland eingesetzt wurde, den Hafen verließ. Diese Fähre setzt nunmehr täglich viele Flüchtlinge über, allerdings nur diejeni-



gen, die registriert sind. Diese Registrierung dauert sehr lange.

Handeln!

Das Foto eines toten Kleinkindes am Strand von Bodrum ging um die Welt. Kürzlich wurden weitere Kinderleichen auf Kos angeschwemmt. Auch viele Tage nach der Reise stecken mir die Eindrücke von Kos in den Knochen. Gerade mit diesen heftigen Bildern im Gepäck wirken die Hetze und die Welle rassistischer Angriffe in Deutschland noch unerträglich.

Für mich erwuchs daraus ein erneuter Impuls für verstärkte politische Aktivitäten; es gilt insbesondere, ausreichend legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Dringend!

Belit Onay
Landtagsabgeordneter
belit.onay@
lt.niedersachsen.de



FLUCHTURSACHEN KONSEQUENT BEKÄMPFEN

Falsche Politik Deutschlands trägt zu Fluchtbewegungen bei

Eine aktive Willkommenskultur mit einer menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in Europa und Deutschland ist dringend geboten. Eine Politik, die zu Fluchtursachen beiträgt, muss aber ebenfalls in den Fokus gerückt werden. Wir GRÜNE fordern einen Politikwechsel.



Wüsten, wie hier die Sahara am Rande des Chott el Djerid, breiten sich immer weiter aus.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Zurzeit stehen die Länder und Kommunen vor akuten Herausforderungen. Neben der großen, nicht einfachen Organisation und der Lösung dieser Aufgaben müssen wir aber auch den Blick auf die strukturellen Ursachen für die Fluchtgründe der Millionen Menschen werfen.

Nicht die Geflüchteten sind mit Abschottung und Asylrechtsverschärfungen zu bekämpfen, sondern den Fluchtursachen müssen Europa und Deutschland den Kampf ansagen. Momentan produziert die Bundesregierung mit einer Politik der Klimazerstörung, Rüstungsexporten und einer industriellen Agrarpolitik Fluchtursachen mit.

Drei konkrete Vorschläge, wie die Bundesrepublik Deutschland

Fluchtursachen abbauen könnte, statt sie hervorzurufen:

Klimakrise aktiv bekämpfen

22 Millionen Menschen mussten 2013 ihre Heimat wegen Natur- und Umweltkatastrophen verlassen, die größte Gruppe von Geflüchteten weltweit. Vor diesem Hintergrund ist die Förderung von Kohlekraftwerken und das Verschwinden von 52 Milliarden für klimaschädliche Subventionen durch Merkel und Gabriel ein Skandal! Unsere Forderung für den UN-Klimagipfel in Paris sind: Schneller Kohleausstieg, konsequenter Abbau von fossilen Subventionen und eine gerechte Finanzierung von internationalem Klimaschutz für den globalen Süden.

Zivile Konfliktprävention statt Rüstungsexporte

Die Bundesrepublik Deutschland ist viertgrößter Waffenexporteur der Welt. Das Volumen der Waffenexporte in die arabischen Staaten und Nordafrika hat sich von 2014 auf 2015 verdoppelt. Das ist unverantwortlich! Wir setzen uns für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz ein. Waffen dürfen nicht in Staaten exportiert werden, die in Krisenregionen liegen, Menschenrechte missachten und ihre Bevölkerung autoritär unterdrücken. Zudem wollen wir den Verteidigungsetat um rund zwei Milliarden kürzen und das Geld für die Aufstockung der zivilen Krisenprävention, humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Durch die hohen EU-Agrarsubventionen, verbunden mit einer aggressiven Exportstrategie, verdrängen in der EU produzierte Produkte die Erzeugnisse der Kleinbauern in den Ländern des globalen Südens. Die Bundesregierung unterstützt leider weiter die Agrarindustrie und fördert im Bundeshaushalt Agrar-Exportreisen in arme Länder. Stattdessen fordern wir die Koppelung der Agrarsubventionen an die Förderung von Umwelt- und Tierschutzkriterien und regionalen, bäuerlichen Strukturen. Wir wollen eine Handelspolitik, die dem Ziel der Ernährungssouveränität und der bäuerlichen Landwirtschaft statt den Interessen von Agrarkonzernen dient.

Sven-Christian Kindler
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@
wk.bundestag.de



WOHNUNGSLOSIGKEIT KEINE FRAGE VON SCHULD

Sozialpolitische Erklärung von Katrin Langensiepen und Michael Dette

Wohnungslosigkeit kann viele Gründe haben: Arbeitslosigkeit, Schulden oder Krankheit. Niemand verliert freiwillig sein Heim, weder der Mensch, der aus einem Krisengebiet flieht, noch die Rentnerin ihr vertrautes Zuhause.



Wohnungslose in Hannover.

In Zeiten, in denen die Schere zwischen arm und reich mehr und mehr auseinander geht, haben die Schwächsten keine Chance, sich am Wohnungsmarkt zu versorgen. Es droht eine Art Hackordnung unter den Suchenden zu entstehen. Soziale Ungleichheit führt zu Unmut und am Ende sorgt es für sozialen Sprengstoff - der soziale Friede ist in Gefahr.

Auf Wohnungssuche: Flüchtlinge, Obdachlose, RentnerInnen

Im Fokus der Öffentlichkeit stehen die durch Krieg in Not geratenen Menschen. Zu Recht bedürfen diese Schutz und unsere Unterstützung! Des Weiteren gibt es Menschen in Obdachlosen-Notunterkünften, die aufgrund des Wohnraummangels nicht mehr aus der Notunterkunft herauskommen. Viele BewohnerInnen bringen allerdings auch zahlreiche persönliche „Päckchen“ mit, die eine erfolgreiche Suche und das Beziehen

einer Wohnung erschweren. Auch viele ältere Menschen sind von Armut bedroht. Ein Großteil dieser Gruppe sind Frauen.

Forderung: Leben im Quartier

Das Wohnangebot kann mit Großprojekten, wie etwa der Bebauung der Wasserstadt Limmer oder des Kronsberges, verbessert werden. Aber dadurch entstehen neue Probleme: Menschen, die Jahrzehnte in ihrer Wohnungen gelebt haben, können und wollen nicht aus ihrer Umgebung herausgerissen werden. Menschen möchten im Stadtteil dazugehören und nicht aufgrund der hohen Mieten an den Stadtrand ziehen müssen. Wir können es uns gesellschaftlich und sozialpolitisch nicht leisten, diese Generation ab dem Eintritt ins Rentenalter abzuhängen.

Bezahlbarer Wohnraum für Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, muss daher auch im Quartier geschaffen werden.

Grünes Engagement: Faire Verteilung

Wir können vor Ort dafür sorgen, dass die Menschen, die von Armut bedroht sind, bessere Chancen erhalten am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und stehen für eine faire Verteilung von Wohnraum.

Die Bundesregierung muss handeln!

Das Armuts- und Wohnungsproblem kann nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene gelöst werden. Lohnerhöhungen, Investition in Bildung für Menschen jeden Alters, Erhöhung der Renten und Grundsicherung im Alter sind bundespolitische Aufgaben.



Wohnen darf keine Luxusangelegenheit sein, sondern gehört zur allgemeinen Daseinsvorsorge und ist ein Menschenrecht.

Katrin Langensiepen
Ratsfrau Hannover
Katrin.Langensiepen@
mail.de



Michael Dette
Ratsherr Hannover
michael.dette@
hannover-rat.de



KEINE WINDRÄDER AM KRONSBURG

Vorrang für Arten- und Naturschutz

Enercity will zwei Windenergieanlagen am Kronsberg errichten, wofür der Stadtrat ein seit 2004 bestehendes Bauverbot aufheben müsste. Der Kronsberg ist derzeit der einzig mögliche Standort für Windräder auf Stadtgebiet. Enercity forciert das Projekt, um eine Regelungslücke zu nutzen, die durch das Auslaufen des alten Raumordnungsprogramms entstanden ist.

Ausgerechnet ein stadteigenes Unternehmen will sich über den Willen der Regionsversammlung hinwegsetzen. Denn im neuen Raumordnungsprogramm ist das Gebiet am Kronsberg nicht als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesen. Der Standort käme also nach Inkrafttreten des neuen Programms 2016 nicht mehr in Frage. Wichtigster Grund neben Landschaftsschutz und Naherholungswert: Die beiden 200 Meter hohen Windräder würden inmitten eines landesweit bedeutsamen Biotopverbands mit sehr hoher Fledermausaktivität stehen. Die angrenzenden Wälder Gaim und Bockmerholz sind Teil eines Natura-2000-Schutzgebietes und haben eine europaweite Bedeutung für den Naturschutz durch die



Biotopvernetzung mit Tiergarten, Hermann-Löns-Park und Misburger Wald. Die von enercity avisierten Abschaltzeiten zu festen Tageszeiten und bei bestimmten Wetterbedingungen sind nach Ansicht des BUND für den Fledermausschutz keinesfalls ausreichend. Das sieht auch das Umweltdezernat der Region so. Eine Erhöhung der Abschaltzeiten aber würde enercity zufolge das 10-Millionen-Euro-Projekt unrentabel machen.

Keine andere Partei diskutiert den Zielkonflikt zwischen Klimaschutz und Naturschutz bei der

Windkraft so intensiv wie die Grünen. Und das ist auch gut so! Es muss uns aber klar sein, dass eine Entscheidung gegen die Windenergieanlage am Kronsberg keine Grundsatzentscheidung gegen Windenergie ist. Wir wollen in der Region bis 2050 klimaneutral sein – ein ambitioniertes Ziel. Doch brauchen wir dafür zwei riesige Windräder auf dem Stadtgebiet in einem Naherholungsbereich? Es gibt zahlreiche andere Möglichkeiten der CO₂-Minderung wie etwa Gebäudedämmung oder Solaranlagen. Konzentrieren wir uns auf diese Alternativlösungen!

Henning Krause
Sprecher AG Land & Tier
hkrause87@gmx.de



KLIMASCHUTZ BRAUCHT WINDKRAFT

Ja, zu den Kronsberg-Windrädern

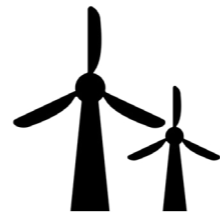
Bürgerinitiative Umweltschutz BIU und Umweltzentrum Hannover betonen in einer gemeinsamen Stellungnahme die hohe Bedeutung der Windkraft für den Klimaschutz und sprechen sich für den Bau der Windkraftanlagen am Kronsberg aus.

Die Pflicht der Industriestaaten, wirksame Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, wird auf der nächsten Klimakonferenz im November wieder sehr deutlich werden. Denn die Klimawandel-Folgen, wie Dürren, Orkane, Eisschmelze und Überschwemmungen treffen immer mehr Menschen und auch viele Tier- und Pflanzenarten.

Neben der Energieeinsparung stehen der Atomausstieg und die deutliche Verringerung der Kohleverbrennung ganz oben auf der energiepolitischen Agenda. Das ist nur mit einem weiteren, konsequenten Ausbau der regenerativen Energien zu kompensieren.

Klima- und Artenschutz weltweit betrachten

Hannover engagiert sich seit vielen Jahren im Klimaschutz, zuletzt im Masterplan „100 Prozent Klimaschutz“. Das ehrgeizige Ziel: Bis 2050 den Energieverbrauch um 50 Prozent und die CO₂-Emissionen um 95 Prozent zu senken. Bei der Windenergie muss die Stromerzeugung von derzeit 500 auf 3300 Gigawatt pro Jahr steigen. Diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn wir bereit sind, unseren Energieverbrauch zu verringern und Kompromisse einzugehen, was die Eignung von Standorten an-



geht. Der Standort am Kronsberg ist nicht ideal, aber es gibt bundesweit kaum noch neue Standorte für Windenergieanlagen, an dem es nicht Einwände gibt. In der Abwägung zwischen Artenschutz und Klimaschutz/Atomausstieg halten wir die geplanten Abschaltzeiten der Windenergieanlagen für einen vernünftigen Kompromiss. Wir können den Vorwurf, dass die Stadtwer-

ke Hannover AG eine Regelungslücke nutzen und ein demokratisches Verfahren aushebeln würden, nicht nachvollziehen. Die Privilegierung von Windenergieanlagen im § 35 BauGB ist bundespolitisch gewollt und nicht undemokratisch. Es ist politisch wichtig und angemessen, dass die Stadt Hannover den Bau der Windräder ermöglicht.

Ralf Strohbach
Bürgerinitiative Umweltschutz
strobach@biu-hannover.de



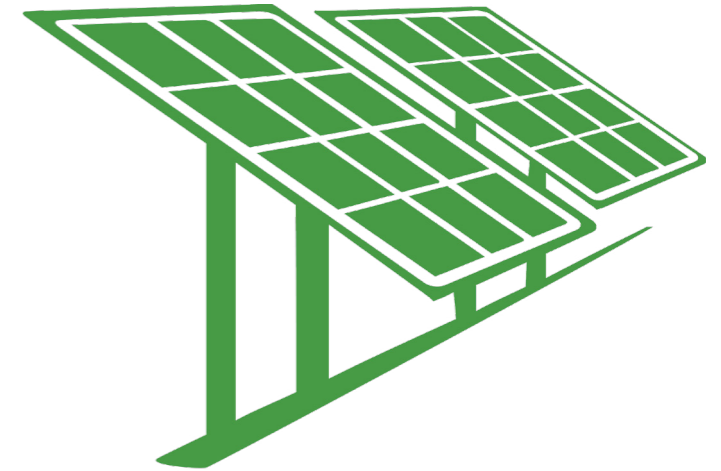
Eberhard Röhrig-van der Meer
Umweltzentrum Hannover
e.roehrig-vandermeer@
umweltzentrum-hannover.de



BRÜDER ZUR SONNE ZUM SPEICHER

Erneuerbare Stromversorgung rechnet sich

Grüne Kraftwerke tragen heute mit 35 Prozent einen wesentlichen Anteil unserer Stromversorgung. Dies ist ein riesiger Erfolg für den Klimaschutz! Eine sichere, erneuerbare und wirtschaftliche Stromversorgung ist das Ziel grüner Energiepolitik. Für HauseigentümerInnen und Unternehmen kann diese Vision bald Realität werden.



Fotovoltaikanlagen bieten HausbesitzerInnen und Unternehmen sichere, erneuerbare und wirtschaftliche Stromversorgung

Der renditereichste Ökostrom kommt aus Windanlagen. In Städten wie Hannover ist jedoch kaum noch Platz hierfür vorhanden. Eine der letzten Flächen wird aktuell kontrovers diskutiert (siehe Artikel auf Seite 8). Fotovoltaik wird daher einen größeren Beitrag leisten müssen. Schon heute versorgen über 1,5 Millionen Fotovoltaikanlagen Haushalte und Unternehmen in Deutschland mit Strom vom eigenen Dach.

Mit Blick auf die Marktentwicklung kann, trotz der solarfeindlichen Aktivitäten der schwarz-gelben und schwarz-roten Bundesregierungen, eine positive Prognose gewagt werden. In den letzten zehn Jahren stiegen die Strompreise für EndverbraucherInnen um 50 Prozent und liegen inzwischen bei ca. 27-29 Cent/kWh (einige Ökostrombezieher unter euch werden feststellen, dass sie sogar weniger zahlen!). Die Kosten für Fotovoltaik hingegen fallen.

Ein Angebotsmodell ist besonders interessant: Mehrere Anbieter

vermarkten Solar- und Speicher Kombinationen. 15.000 solcher Anlagen sind installiert. Nach Herstellerangaben ermöglichen sie einen langfristigen Strompreis von unter 20 Cent. Bei Hinzurechnung staatlich veranlasster Preisbestandteile von aktuell ca. 9 Cent/kWh, ist die Aussicht auf ein positives Ergebnis groß. Trotz Billigstromanbietern und Rabatten für Großkunden ist die Preisgleichheit von Eigenerzeugung und Einkauf nicht mehr weit entfernt. Dann werden HausbesitzerInnen und Unternehmen eine einfache Rechnung machen: Sichere, erneuerbare und wirtschaftliche Stromversorgung ist möglich - nicht nur als grünes Fernziel.

Pat Drenke
Ratsherr Hannover
rat@pat-drenke.de



29.11.2015
SONNTAG

BUS ZUR GLOBALEN KLIMA- DEMO IN BERLIN

Karten jetzt
kaufen!

Infos unter:
gruene-hannover.de

0511 3008866

10 JAHRE REGIONSV ERBAND HANNOVER

Im Interview: Doris Klawunde und Enno Hagenah

Warum habt ihr 2005 den Regionsverband gegründet?

Es war uns schon ganz früh klar, bevor das Gesetz zu Regionsbildung verabschiedet wurde, dass wir mit zwei Kreisverbänden nicht in die Zukunft gehen können. Es war unabdingbar, die beiden Kreisverbände zusammenzuführen: Der große und wichtige Kreisverband der Stadtgrünen mit dem Kreisverband Landkreis Hannover.

Wir standen dann vor der Aufgabe, die beiden unterschiedlichen Kulturen miteinander zu verbinden und ich möchte auch sagen miteinander zu versöhnen. Weil natürlich im Umland eine andere politische Kultur herrschte. Wir hatten 20 sehr unterschiedliche Ortsverbände – in ihrer Größe, in ihrer Thematik – je nachdem, was vor Ort anlag. Der Vorstand des alten Kreisverbandes Hannover Land hatte damals die Aufgabe die politische Arbeit zu strukturieren. Allerdings war eine gemeinsame Linie nicht so deutlich.

Wir haben überlegt, wie wir die beiden Kreisverbände gut zusammenführen. Und ganz wichtig war, dass sich auch jeder Kreisverband wiederfinden konnte. Wir haben den Vorstand deshalb quotiert und wir hatten ein quotiertes Delegiertenprinzip.

Die Aufgaben, die die Region Hannover dann übernommen und gleichzeitig auch zurückgegeben hat an die Kommunen sind das, was uns letztendlich bis heute verbindet und auch in der Zukunft verbinden wird. Die gemeinsame Aufgabe, diesen großen Raum – immerhin fast 1,1 Mio Menschen – zu repräsentieren und zu gestalten.

Dieser Prozess ging relativ schnell, weil wir uns an unseren politischen Zielen orientiert haben. Und festgestellt haben, jawohl, sie sind gleich. Vielleicht unterschiedlich umsetzbar in den einzelnen Kommunen. Wir waren damals üb-

rigens die erste Partei, die einen Regionsverband gegründet hat.

Ihr habt dann als Koordinationsgremium zwischen Vorstand, Fraktionen, Ortsverbänden und Basis den Parteirat eingeführt

Vorab wurde diskutiert, ob der Parteirat die großen Diskussionen, die im Kreisverband Hannover Land geführt wurden, unterdrücken könnte, ob die Basisdemokratie durch einen Parteirat in Frage gestellt wird. Es wurde dann mehrheitlich entschieden, der Parteirat wird installiert und das hat dazu geführt, dass alle Ortsverbände



die Möglichkeit haben, sich mit ihren Themen einzubringen, zum Beispiel Berufsschulen. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe findet man sich dann auch im Parteirat wieder. Und zwar die Stadtgrünen und die Umlandgrünen. Also immer an der Aufgabe orientiert. Und gleichzeitig ist es uns gelungen, dass die Ortsverbände in ihrer Eigendynamik, wie sie ihre Gemeinde oder Stadt gestalten, weiterhin auch autonom sind.

Wenn ich in einem Ortsverband Politik mache, orientiere ich mich an den Bedarfen vor Ort, weil ich natürlich meine kommunalen Bedarfe kenne und versuche, sie im

Sinne einer grünen Politik zu befriedigen. Und das kann sehr unterschiedlich sein. Eine Politik in Lehrte kann eine andere sein als in Barsinghausen.

Was ist die Stärke des Regionsverbands?

Wünschenswert ist schon die Stärke aller 21 Ortsverbände zu erkennen, etwa wenn sich der Regionsverband auf Parteitag darstellen kann. Und dies ist eine besondere Situation: wir sind immer noch die einzige Region in Deutschland. So viel Eigenständigkeit wie nötig, geprägt durch die kommunalen Erfordernisse. Ganz viel Gemeinsamkeiten in einem gemeinsamen Projekt für die Gesamtregion. Und die Erkenntnis: ich bin als kleiner Ortsverband nur stark, wenn ich mich mit anderen Ortsverbänden vernetze und Kräfte bündle. Davon profitiere ich. Das ist so eine Balance, die man finden muss.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass wir aus unseren kleinen grünen Milieus rauskommen, dass wir uns gegenseitig einladen. Dass etwa die Grünen aus Linden auch einfach mal schauen, was machen eigentlich die Grünen im Deister.

Doris Klawunde

Von 1992-2001 und 2012 bis heute ist Doris Mitglied im Rat der Stadt Lehrte und Kreistagsabgeordnete. 2001 wurde sie zur stellvertretenden Regionspräsidentin gewählt. Seitdem ist Doris stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in der Region Hannover sowie deren gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin. Gemeinsam mit Enno Hagenah war sie von 2012-2014 Vorsitzende des Regionsverbandes.

Du hast den Regionsverband vor 10 Jahren mitbegründet. Was war das Ziel?

Unser Ziel war zunächst eine einheitliche grüne Position zu der Regionsbildung, weil sie viele Probleme mit denen wir in grüner Politik zu kämpfen hatten, sowohl in der Stadt als auch im Landkreis, an der Wurzel packen konnte. Die soziale Spreizung zwischen Kernstadt und Umland, die extrem auseinander treibende Siedlungspolitik, die versuchte sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Ansiedlungspolitik wie auch Wohnungsbau politik waren sehr konkurrierend unterwegs in der Zeit. Das führte zu mehr motorisiertem Individualverkehr und unwirtschaftlichen Fehlanreizen, die auch Natur und Landschaft belasteten. Und wir hatten unsere Zweifel, ob die frühere Verbandsversammlung mit entsandten Politikern so die beste Form der politischen Umsetzung war im Vergleich zu einer direkt gewählten Regionsversammlung. Das waren die verbindenden Argumente für die Region aus grüner Sicht. Mehr Basisdemokratie und mehr soziale und umweltpolitische Vernunft. Das waren die Headlines, die dazu geführt haben, dass wir es geschafft haben durch etliche interne grüne Runden der Vorstände und der am Thema Interessierten eine Übereinstimmung für die Bildung der Region Hannover bei uns hinzubekommen.

Erst danach kam für uns im Grunde die zweite Regionsbildung, einen gemeinsamen grünen Regionsverband zu bilden, denn es gab dazu enorme Vorbehalte und Ängste. Besonders wegen der unterschiedlichen Mitgliederstärke und der unterschiedlichen politischen Positionierungen in anderen Bereichen, die sich über die davor liegenden Jahre herausgebildet hatte. Deswegen ist das quasi für Grüns

ein doppelter Prozess gewesen. Nach der formellen Regionsbildung, nachdem das Gesetz verabschiedet war, hat es bei uns Grünen nochmal einen ganz eigenständigen Prozess der Aushandlung gegeben, inklusive Übergangsregelungen für Satzungsbestimmungen, die sogar Rückholmöglichkeiten beinhalteten.

Es war ein zähes Ringen um jeden Aspekt der Satzung und der Rahmenbedingungen mit denen dann die innerparteiliche Demokratie in diesem Regionsverband gelebt werden sollte. Um zu verhindern, dass der mitgliederstärkste Be-



reich - was immer die Stadt war - Hegemonie ausübt. Das ist fast wie bei der Wiedervereinigung gewesen: Jeder hatte Angst, überformt zu werden. Und der Kern der Einigung war der, dass alle ihre Möglichkeit zur Repräsentanz haben und sich wiederfinden in dem was Vorstand ist, was die Repräsentanten auf der nächsten Ebene sind und so weiter.

Ist die Zusammenführung der beiden Kreisverbände Hannover Land und Hannover Stadt gelungen?

Es gibt im Kopf vereinzelt noch ein Fremdsein mit den Begriffen, manchmal wird von der Region

gesprochen, aber gemeint ist dann nur das Umland; aber in der Praxis für den gemeinsamen Verband sind wir da ganz offensichtlich weiter. Das spricht dafür, dass es ein erfolgreicher Prozess war, denn keine der Rückholoptionen, die es in der Satzung gab, die irgendwann durch Zeitverzug dann ad acta gelegt wurden, wurde genutzt. Es gab keine Rückholdebatte im offensiven Sinne. Das hängt aus meiner Sicht auch damit zusammen, dass alle gemeinsam erlebt haben, dass die erheblichen Sprünge der Stimmenzunahme bei der vergangenen Kommunalwahlen auf das Normalniveau von Großstadregionen erreicht werden konnte. Dabei haben wir im Umland proportional mehr hinzugewonnen als in der Stadt. Was ja dafür spricht, dass die Leute verstanden haben, nicht nur die Mitglieder, auch die Wählerinnen und Wähler, sehr gut verstanden haben, dass wir Grüne in der Region angekommen sind und die Interessen aller Teilbereiche aus ihrer Sicht erkennbar von uns Grünen wahrgenommen werden. Anders kann man solche Ergebnisse kaum erklären.

Enno Hagenah

Von 1986 bis 1991 war Enno Mitglied im Bezirksrat Hannover-Herrenhausen und von 1991 bis 1998 Ratsherr der Stadt Hannover, Beigeordneter und Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dem Niedersächsischen Landtag gehörte er von 1998 bis 2013 an. Gemeinsam mit Doris Klawunde war er von 2012-2014 Vorsitzender des Regionsverbandes.

Die Fragen stellte Elke Wohlfarth.

EINE GESCHICHTE VOM NEUANFANG

und gemeinsamen Lösungen

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des grünen Regionsverbands im Januar 2016 sprach Kathrin Kuhfß mit Pico Jordan, dem grünen Sozialdezernenten der Region Hannover, und Brigitte Nieße, der Fraktionsvorsitzenden der grünen Regionsfraktion.

Aufbruchstimmung herrschte unter Grüns bei der Gründung des Regionsverbandes Hannover. Würde sich das Bild, dass die Umlandgrünen von den Stadtgrünen – und umgekehrt – hatten, wandeln? Würden von dieser hoffnungsvollen Atmosphäre neue Impulse ausgehen? Wie würde sich Regionsgrün entwickeln?

Dass sind die spontanen Sätze, die Pico Jordan im Gespräch zu 10 Jahren Regionsverband zuerst einfallen. Ich sitze gemütlich in seinem Büro und möchte mehr wissen. Er sagt von sich, dass er Zahlen gern mit Geschichte(n) verbindet, nicht mit kleinen Anekdoten, sondern mit einem Blick auf's Ganze. Ich höre nun eine kritische Kurzgeschichte über zwei grüne Fraktionen, denen seiner Meinung nach eine Zusammenarbeit nicht gelingt. Hier die Regionsfraktion, gemischt aus Stadt- und Umlandgrünen, dort die Ratsfraktion in der Stadt Hannover. Sie spielen füreinander keine große Rolle, wissen nicht, was der andere macht, kennen sich nicht.

Abgehängt die vielen grünen Ortsverbände: sind sie nicht in der Regionsversammlung vertreten, machen sie allein ihre Ortspolitik.

Anders auf Parteiebene: da verbinden die großen Themen, gibt es Solidarität und Freundschaft.

Für Pico ist es eine Geschichte von verschenkten Möglichkeiten. Die Bedeutung von Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Inspiration wurde im politischen Alltag verdrängt.

Ich bin ein wenig sprachlos angesichts seines Urteils, doch, wer Pico kennt, weiß, dass sich hinter seinen Worten eher Sorge verbirgt und ein „Nun macht mal!“

Die Region mit ihren vielfältigen Aufgaben wird von vielen in-



zwischen als selbstverständlich angesehen. Die Ideen der GründerInnen verblassen immer mehr. Die Geschichte vom Neuanfang, der Solidarität, der gegenseitigen Stärkung sollte aber weiter erzählt werden, denn spätestens nach der Wahl 2016 wird es viele Veränderungen geben. Dazu braucht es eine Übergabe und daran wollte uns Pico eigentlich erinnern!



richtet“ hatte. Die grüne Stadtgesellschaft mit ihren kurzen Wegen und etablierten Strukturen war zuerst klar im Vorteil. Doch die Regionsgrünen haben sich mit gemeinsamen Arbeitskreisen und vielen Gesprächen immer mehr aufeinander eingelassen. Zwischen Neustadt und Pattensen, Uetze und Garbsen wurden die Wege kür-

meinsame Lösungen.

Brigitte ist sich sicher, dass angesichts der Herausforderungen in Zukunft Stadt- und Umlandgrüne noch mehr erkennen werden, dass viele Aufgaben in der Region nur gemeinsam bewältigt werden können. Die Region Hannover wächst heterogen und verlangt Engagement von allen, um unsere guten Ideen auf den Weg zu bringen. Schon jetzt gibt es viele gemeinsame Projekte, die auf Verwirklichung warten!

Brigitte erinnert sich an die ersten Treffen des Regionsverbandes mit gemischten Gefühlen. Unsicherheiten und Abgrenzungen wichen erst im Laufe der Zeit und es dauerte bis man sich so „eingel-

zter, die Verbindungen effektiver, die Vernetzung breiter. Der laufende Generationswechsel bringt neue Biografien mit vielfältigen Themen zusammen und sucht neue ge-

Kathrin Kuhfß
Regionsabgeordnete
Kathrin.Kuhfss@regionsversammlung.de



REGIONALE VERMARKTUNG

Bauernmarkt mit Schnippeltalk



Schnippeltalk in Neustadt

Ein Bauernmarkt ersetzt nicht eine verfehlte bundesdeutsche Landwirtschaftspolitik. Aber er ist eine Möglichkeit, das Thema öffentlich zu machen und für eine Veränderung in Richtung einer regionalen Wirtschaft zu werben.

Im Gegensatz zur Bundespolitik, die Massentierställe bereitwillig genehmigt, setzen wir Grüne in Neustadt auf die Entwicklung der Vermarktung von regional erzeug-

ten Produkten. Unterstützung erhalten wir von Mitgliedern zweier Organisationen: von Slow Food, einer aus Italien stammenden Bewegung, in der es um genussvolles, bewusstes, regionales Essen geht, und von Transition Town, der ursprünglich irischen Bewegung, die Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern sowie zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft fördert bzw. umsetzt.

Die Neustädter Grünen, Slow food und Transition Town arbeiten zusammen in der „Initiative Regionalvermarktung“. Zur 800-Jahrfeier in Neustadt organisierte die AG auf dem wöchentlich stattfindenden Bauernmarkt Verkaufsstände mit regionalen Produkten wie Fisch, Käse, Liköre, Gemüse und Kuchen. Am Abend beim Schnippeltalk wurden die Reste des Gemüses vom Bauernmarkt unter der Anleitung des Profikochs Hahn und unter der Moderation der Schauspielerinnen Hess von 52 Personen zu einem leckeren Essen verschnippelt.

Für das finanzielle Engagement der Region bedanken wir uns besonders. Die Initiative Regionalvermarktung plant weitere Projekte und wird dafür auch eine finanzielle Förderung der EU beantragen.

Ute Lamla
Ratsfrau Neustadt am Rbg.
u.lamla@gmx.de



KEIN GEN-FOOD AUF EUROPAS MÄRKTEN

Mobilisierung gegen TTIP und CETA

Das geplante Handelsabkommen TTIP mit den USA und der bereits ausgehandelte Vertrag CETA mit Kanada sind hoch riskant.

Die Grünen hatten sich deshalb am 19.09. zusammen mit vielen anderen Organisationen am Kröpcke versammelt, um für die TTIP-Stopp-Demo in Berlin zu mobilisieren (250.000 Tausend) und um Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative zu sammeln (3,263 Millionen UnterstützerInnen). Im Fokus standen vor allem die Folgen für Verbraucherschutz, Umwelt und Landwirtschaft.

„Wir streiten für eine faire, bäuerliche und ökologische Landwirtschaft. Deshalb kämpfen wir gegen TTIP und CETA!“ so Tilman Uhlenhaut

vom Agrarbündnis Niedersachsen.

TTIP würde zu einem ruinösen Wettbewerb der europäischen Landwirtschaft mit der US-Agrarwirtschaft führen, da in den USA riesige, stark subventionierte Farmen dominieren, die mit extrem niedrigen Kosten produzieren. In Europa würden zahlreiche kleine und mittelgroße Familienbetriebe zugrunde gehen.

Der Tierschutz in den USA ist sehr schlecht aufgestellt, Antibiotikagaben an Nutztiere sind völlig unzureichend kontrolliert, Wachstumshormone erlaubt.

Überdies wollten die großen Gentec- und Saatgut-Konzerne wie Monsanto und Dow Chemical TTIP dazu nutzen, den europäischen Markt für Gen-Food zu erschließen - ohne Kennzeichnung!

Aus all diesen Gründen gilt es in einem breiten Bündnis weiter gegen die Handelsabkommen zu kämpfen.

Christiane Hussels
LAG Sprecherin
christiane.hussels@arcor.de



VOM WUNDERMITTEL ZUR GESUNDHEITSGEFAHR

Wir fordern: Schluss mit Glyphosat-Herbiziden

Pestizideinsatz darf nicht auf Kosten der Gesundheit von Menschen und zu Lasten der Umwelt gehen, deswegen fordern wir, dass die Verwendung von Glyphosat und anderen Ersatzmitteln gestoppt werden muss.



In einer von uns gestellten Anfrage an die Region Hannover wollen wir wissen, ob Glyphosat-Herbizide mittelbar oder unmittelbar durch die Region eingesetzt werden. Sollte die Regionsverwaltung oder mit ihr verbundene Unternehmen dieses Umweltgift einsetzen, erwarten wir einen schnellstmöglichen Stopp, denn es gibt genügend giftfreie Alternativen (Flämmen, mechanisches Beseitigen, ökologische Landwirtschaft). Und wie wäre es, wenn wir unsere Toleranz für wild wachsende Pflanzen generell erhöhen würden?

sen wurde. Auch in Muttermilch finden sich Glyphosatrückstände. Eine Stichprobe, bei welcher die Milch von 16 stillenden Müttern getestet wurde, wies Werte zwischen 0,2 und 0,4 ng/ml (Nanogramm pro Milliliter) nach - für Trinkwasser gilt der Grenzwert von 0,1 ng/ml.

Der französische Wissenschaftler Gilles-Eric Seralini veröffentlichte im Juni 2014 in der „Environmental Sciences Europe“ die Forschungsergebnisse seines Teams zur zweijährigen Fütterung von Ratten mit glyphosathaltigem und genmanipuliertem Mais und Trinkwasser. Die Ergebnisse zeigten bei allen Ratten häufigere chronische Nierenerkrankungen. Die Weibchen entwickelten vermehrt Brusttumore und starben früher. Bei den Männchen zeigten sich häufigere Erkrankungen der Leber.

Krebsrisiko

Glyphosat wurde durch die Arbeitsgruppe der Krebsforschungsagentur (International Agency for Research on Cancer, IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Auch Menschen, die nicht unmittelbar mit dem Gift im Kontakt stehen, weisen eine Glyphosatbelastung auf, wie bei Urin-Tests mit BewohnerInnen deutscher Großstädte nachgewiesen wurde.

Auch in Muttermilch finden sich Glyphosatrückstände. Eine Stichprobe, bei welcher die Milch von 16 stillenden Müttern getestet wurde, wies Werte zwischen 0,2 und 0,4 ng/ml (Nanogramm pro Milliliter) nach - für Trinkwasser gilt der Grenzwert von 0,1 ng/ml.

Der französische Wissenschaftler Gilles-Eric Seralini veröffentlichte im Juni 2014 in der „Environmental Sciences Europe“ die Forschungsergebnisse seines Teams zur zweijährigen Fütterung von Ratten mit glyphosathaltigem und genmanipuliertem Mais und Trinkwasser. Die Ergebnisse zeigten bei allen Ratten häufigere chronische Nierenerkrankungen. Die Weibchen entwickelten vermehrt Brusttumore und starben früher. Bei den Männchen zeigten sich häufigere Erkrankungen der Leber.

Glyphosat-Herbizide sind weltweit die am meisten verwendeten Pflanzenschutzmittel (rund 650.000 Tonnen mit steigender Tendenz). Auch in Deutschland werden pro Jahr rund 5.900 Tonnen Glyphosat bei der Feldbewirtschaftung und etwa 40 Tonnen im Haus- und Kleingartenbereich eingesetzt. Im Bundestag haben die Grünen am 10. Juni einen Antrag vorgelegt, das EU-Zulassungsverfahren für Glyphosat auf Grund der neuen Erkenntnisse zu stoppen. Auf EU-Ebene wurde die Zulassung von Glyphosat bis Mitte 2016 verlängert. Während dieser Zeit sollen die Risiken durch WissenschaftlerInnen erneut geprüft werden.

Glyphosat-Einsatz

Glyphosat-Herbizide sind weltweit die am meisten verwendeten Pflanzenschutzmittel (rund 650.000 Tonnen mit steigender Tendenz). Auch in Deutschland werden pro Jahr rund 5.900 Tonnen Glyphosat bei der Feldbewirtschaftung und etwa 40 Tonnen im Haus- und Kleingartenbereich eingesetzt. Im Bundestag haben die Grünen am 10. Juni einen Antrag vorgelegt, das EU-Zulassungsverfahren für Glyphosat auf Grund der neuen Erkenntnisse zu stoppen. Auf EU-Ebene wurde die Zulassung von Glyphosat bis Mitte 2016 verlängert. Während dieser Zeit sollen die Risiken durch WissenschaftlerInnen erneut geprüft werden.

Ulrich Schmersow
Regionsabgeordneter
ulrich.schmersow@
regionsversammlung.de



DANKE RAOUL!
FÜR DIE LETZTEN 19 JAHRE

ABFALLGEBÜHRENORDNUNG:

Eckpunkte unseres Gutachters Stephan Löhle

Am 14. Juli hat im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Abfallgebührenordnung ein Expertenhearing stattgefunden. Die Grünen haben dazu Herrn Dr.-Ing. Stephan Löhle von der cyclos GmbH eingeladen. Mit Dr. Löhle haben wir vorab unsere Fragen diskutiert und die Positionen der grünen Fraktion in der Regionsversammlung abgestimmt. Beim Hearing präsentierte Dr. Löhle diese Empfehlungen:

Transparenz

Aha wird aufgefordert, die BürgerInnen über Mengen und Entsorgungswege der Haushaltsabfälle zu informieren, um sie so zum richtigen Trennverhalten zu motivieren. Dies ist ein maßgebliches Element der Kreislaufwirtschaft.

Erhalt von kostenfreien Zusatzleistungen wie:

- Abholung von Sperrabfällen (ggf. mit Einführung eines Limits über eine maximale Anzahl von kostenfreien Abholungen). Alternativen wie etwa die ausschließliche Entsorgung über den Wertstoffhof oder die Einführung einer Gebühr gehen zu Lasten der BürgerInnen.
- Beibehaltung der kostenfreien Abgabe von Wertstoffen und ausgewählten Reststoffen aus privaten Haushalten an Wertstoffhöfen. Die zu erwartenden Einnahmen wären etwa deckungsgleich mit den Kosten für den Aufwand zur Kontrolle und Abrechnung.
- Abgabe von Grüngut an den Annahmestellen. Sonst besteht die Gefahr, dass große Mengen nicht mehr sachgemäß verwertet werden.

Beibehaltung des Mindestvolumens

Eine Reduzierung unter 10 Liter pro Einwohner und Woche als Berechnungsmaßstab birgt die Gefahr der Qualitätsminderung von getrennt erfassten Wertstofffraktionen sowie die Nutzung informeller Entsorgungswege. Außerdem

erfordert dies eine kostenverursachende Anpassung der Erfassungsverhältnisse und der Abfuhrhythmen.

- Einhaltung Mindestvolumen durch intensive Abfalltrennung/-vermeidung
- Rabatt auf Restabfallgebühr bei gleichzeitiger Nutzung von O-Tonne und Bioabfallbehälter ist anzudenken. (Kontrolle Volumina/Mengen/Qualitäten)

Keine Erfassung nach Gewicht

Die Nutzung eines verursachergerechten Erfassungssystems bedeutet die Abkehr vom Solidaritätsprinzip und einen vollständigen Systemwechsel, der neben Restabfall in Wechselwirkung auch die übrigen Erfassungs- und Entsorgungsoptionen betrifft.

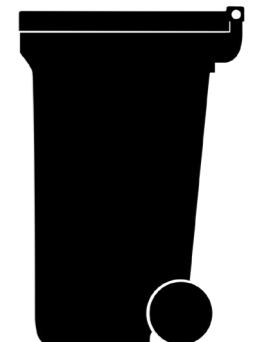
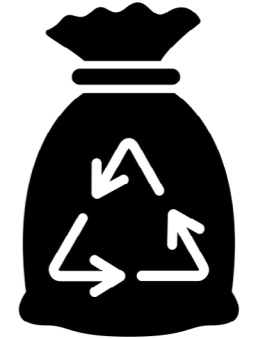
Hinsichtlich Kosten, Aufwand und Erfassungsqualität ist die Umsetzung dieser Maßnahme aktuell nicht empfehlenswert.

Sack versus Tonne:

Perspektivisch sollte die Sackerfassung nicht beibehalten werden, da die Abfuhr von Restmüll und Bioabfall in Säcken ein System im System bleibt, das logistisch gesondert und zunehmend kostenverursachend betrieben werden muss (Flickenteppich).

Gemeinsame Wertstofftonne

Auch im Hinblick auf das neue Wertstoffgesetz empfehlen wir, Leichtverpackungen (gelber Sack/gelbe Tonne) und stoffgleiche Nichtverpackungen (Restabfalltonne/O-Tonne/Wert-



stoffhof) zukünftig in einem Behälter zu sammeln. Aufgrund von Sicherheitsaspekten und einem verminderten Verwertungspotential sollen Textilien und Elektrokleingeräte aus dem Zuweisungskatalog der O-Tonne gestrichen werden.

Diese Empfehlungen sind in den Erarbeitungsprozess für das Bürgergutachten zur Abfallgebührenordnung eingeflossen. Die Ergebnisse des Bürgergutachtens werden am 18. November um 18:00 Uhr im Haus der Region der Öffentlichkeit vorgestellt.

Elke Thielmann-Dittert
Regionsabgeordnete
Elke.Thielmann-Dittert@
regionsversammlung.de



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Haushaltsverhandlungen und solidarische Politik für Geflüchtete

Wir befinden uns in Berlin mitten in den Haushaltsverhandlungen. Die aktuelle Nullverschuldung hat Schäuble vor allem glücklichen Umständen zu verdanken, wie den historisch niedrigen Zinsen, niedriger Arbeitslosigkeit und guten Steuereinnahmen. Eine haushaltspolitische Leistung ist das nicht. Umso schlimmer ist, dass Schäuble trotz günstiger Bedingungen lediglich den Status quo verwaltet, statt zu gestalten. In Wahrheit ist der Haushalt der Bundesregierung ein Risiko-Haushalt. Er ist für die Zukunft leider nicht gut aufgestellt.

Das wollen wir ändern! Unsere GRÜNEN-Schwerpunkte im Haushalt: Wir werden Vorschläge einbringen, die dafür sorgen, dass das

öffentliche Vermögen nicht weiter schmilzt, sondern durch kluge Zukunftsinvestitionen erhalten und ausgebaut wird. Wir setzen uns gegen Verschwendung im Haushalt ein – etwa im Rüstungsbereich, bei ÖPP-Projekten und neuen Autobahnen – und wollen ein aktives Controlling. Im Gipfeljahr der UNO-Klimakonferenz von Paris streiten wir für eine milliardenschwere Erhöhung beim internationalen Klimaschutz und der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist auch ein zentraler Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Armut bei Kindern und älteren Menschen ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, den wir thematisieren und angehen wollen. Für eine solide Gegenfinanzierung setzen wir weiterhin auf Umschichtungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit im Haushalt, aber natürlich auch in der gesamten Bundestagsfraktion, liegt bei den Geflüchteten. Mit den Notoperationen und dem Chaos der Bundesregierung muss endlich Schluss sein. Auch über die Zusagen des Flüchtlingsgipfels hinaus brauchen die Länder und Kommunen eine strukturelle finanzielle Hilfe. Das ist jetzt schon absehbar. Bei den Bundesleistungen werden wir auf eine Integration der Geflüchteten in die gesetzliche Krankenversicherung drängen und uns für eine realistische Ausstattung der Jobcenter und eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus einsetzen.

**Euer Bundestagsabgeordneter
Sven-Christian Kindler**

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Flüchtlinge willkommen heißen

Die Landespolitik wird derzeit, wie auch andere Ebenen, von der Begleitung der gestiegenen Flüchtlingszahlen dominiert. Diese Chancen und Herausforderungen für unser Land wollen wir gestalten, den Kommunen helfen und unsere Handlungsfähigkeit stärken. Deshalb sollen mit dem zweiten Nachtragshaushalt, den wir im Oktober beschlossen haben, unter anderem 25.000 neue Plätze in vorhandenen und neuen Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen sowie organisatorische und finanzielle Entlastungen für die Kommunen erreicht werden. Außerdem soll die ehrenamtliche Hilfe gefördert und das Angebot an Sprachkursen ausgebaut werden. Mit dem Nachtragshaushalt tut Niedersachsen

so viel es kann, um die Möglichkeiten vor Ort zu verbessern.

Entwicklungspolitische Leitlinien

Die Landesregierung ist unserem Antrag gefolgt und hat entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet. Durch die Leitlinien wird Entwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Bereiche der Landespolitik zieht. Es sind dabei Projekte von der beruflichen Bildung bis zum Klimaschutz, vom Jugendaustausch in Schule und Sport bis zum Wasser- und Abfallmanagement sowie zur Energieeffizienz vorgesehen. Auch entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Schulen gehört dazu, hier soll über die Auswirkungen der Globalisierung und die Ursachen von Flucht und Migration aufge-

klärt und ein nachhaltiger Lebensstil vermittelt werden.

VW-Abgasskandal

Anlässlich der in den USA aufgedeckten Abgas-Manipulation von VW haben die Landtagsgrünen gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine Unterrichtung im Wirtschaftsausschuss unter anderem zu den Auswirkungen auf den europäischen und deutschen Markt beantragt. Es geht dabei nicht nur um die Sorgen hunderttausender MitarbeiterInnen von VW, sondern auch um Verbraucher- und Umweltschutz - Test-Messungen müssen dem Realbetrieb von Fahrzeugen entsprechen!

**Eure Landtagsabgeordneten
Maaret, Thomas, Belit & Regina**

BERICHT AUS DER REGION

Wechsel in der Regionsfraktion!

In der 16 Mitglieder umfassenden Regionsfraktion gibt es einige Änderungen. Diese sind dadurch bedingt, dass unser Fraktionsvorsitzender Raoul Schmidt-Lamontain Hannover aus beruflichen Gründen verlässt und nach Dresden geht.

Sein Mandat hat der 57-jährige Michael Dette als Nachrücker übernommen. Der Ratscherr der Grünen im Stadtrat Hannover wird in der Regionsversammlung mit Stimmrecht im Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und Ordnungsangelegenheiten die Grüne Regionsfraktion vertreten.

Doris Klawunde übernimmt von Raoul den Sitz im Ausschuss für Verwaltungsreform, Finanzen und Personalangelegenheiten.

Immo Heinzl rückt für ihn in

den Aufsichtsrat der Üstra nach.

Zur neuen Vorsitzenden wählt die Fraktion Brigitte Nieße, die bisher auch schon die Stellvertretung für Raoul wahrgenommen hat. Dies führt auch zu Änderungen im Fraktionsvorstand, dem neben den bisherigen Mitgliedern Kathrin Kuhfss, Ulrich Schmersow und Doris Klawunde nunmehr auch Hinne Burmeister als neues Mitglied angehört.

Senkung der Regionsumlage?

Zum Haushaltsplanentwurf für 2016 schlägt der Regionspräsident Hauke Jagau eine weitere Senkung der Regionsumlage für die 21 Städte und Gemeinden der Region Hannover vor. Die Entlastung hat einen rechnerischen Umfang von 33,5 Millionen Euro. Dabei sollen die Kommunen direkt um 20 Milli-

onen Euro entlastet werden. Hinzu kommt die Rückgabe der Aufgabe der Erstattung der Kita-Beiträge für finanzschwache Eltern (§ 90, Abs. 3, SGB VIII). Dies entspricht einem Umfang von 13,5 Millionen Euro. Allein bei der LH Hannover führt das zu einer Gesamtentlastung von 10,2 Millionen Euro. Eingeplant in das Zahlenwerk ist die Senkung bisher allerdings noch nicht!!

Ob die Grüne Fraktion dem Vorschlag folgen wird, hängt ganz von den nun beginnenden Haushaltsplanberatungen ab. Eine entscheidende Weichenstellung hierzu wird die Mitgliederversammlung der Grünen in der Region Hannover am 19. November stellen, bei der der Haushaltsplanentwurf für 2016 beraten werden soll.

Eure Regionsfraktion

BERICHT AUS DEM RATHAUS DER LHH

Hebesatz Regionsumlage sinkt

Wir begrüßen den Vorstoß des Regionspräsidenten, dass ab 2016 der Hebesatz der Regionsumlage gesenkt werden soll. Angesichts unserer Haushaltssituation können wir eine Entlastung gut gebrauchen. Mit rund 10 Mio Euro ist für den städtischen Haushalt zu rechnen. Das ist auf jeden Fall gut, wenngleich eine höhere Entlastung noch erfreulicher gewesen wäre. Schließlich prognostiziert die Verwaltung im Haushaltsentwurf mit einem Defizit für das Jahr 2016 in Höhe von 146 Mio Euro.

Haushaltsplan 2016 und Haushaltssicherungskonzept (HSK)

In den Rat eingebracht wurden diese beiden Finanzplanungen am

10. September, verabschiedet werden sie im Rat am 17. Dezember. Aufgrund des erwarteten Defizites legt der Kämmerer nach dem letztjährigen HSK IX (34 Mio Euro Einsparvolumen) ein weiteres Sparprogramm vor, das sogenannte HSK IX+. Damit sollen jährlich 57 Mio Euro eingespart werden. Zur Umsetzung schlägt die Verwaltung verschiedene Maßnahmen vor, unter anderem einen Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018, Personalkosteneinsparungen, eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer und weitere Maßnahmen wie z. B. die sogenannte 'Qualitätsoffensive Grundschulkindebetreuung'. Wir durchleuchten den Haushalt und das Sparprogramm kritisch in den Fach-AG'en, unserer Fraktionsklausur, der Mitgliederversammlung und vertreten

unsere grünen Positionen in den Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner vehement.

Investitionsprogramm 2016-2019

Die Verwaltung hat mit dem „Investitionsprogramm des Fachbereiches Gebäudemanagement für die Jahre 2016-2019“ eine wichtige Drucksache insbesondere für Investitionen in Schulen und Kitas vorgelegt. Demnach sollen für 2016-2019 jährlich Finanzmittel in Höhe von 45 Mio Euro zur Verfügung stehen. Über die in der Drucksache aufgeführten Maßnahmen hinaus bestehen allerdings weitere Bedarfe. Hierfür sollen ab 2017 zusätzliche Mittel aus dem sogenannten Investmemorandum zur Verfügung gestellt werden.

Eure Ratsfraktion

KOMMUNALE UNGLEICHHEITEN BESEITIGEN

Grüne Frauen bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags

Bei den interfraktionellen Diskussionen auf der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Juni in Dresden ging es um die stark auseinanderdriftende Situation und Entwicklung der Städte und Kommunen. Zwei Tage lang wurden dazu gute und weniger gute Reden geschwungen und thematisch orientierte Foren angeboten.



v.l.n.r.: Regine Kramarek, Silvia Kligenburg-Pülm, Ute Lamla, Katrin Langensiepen und Andrea Hufeland

Bei den interfraktionellen Diskussionen auf der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Juni in Dresden ging es um die stark auseinanderdriftende Situation und Entwicklung der Städte und Kommunen. Zwei Tage lang wurden dazu gute und weniger gute Reden geschwungen und thematisch orientierte Foren angeboten.

Grüne Frauen setzen Akzente

Auch wurden parteiinterne Beratungen zu einer sog. „Dresdner Erklärung“ unter dem Thema „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten - Entwicklungschancen für alle sichern“ ermöglicht (www.staedtetag.de). Alles schien perfekt vorbereitet, so auch dieser Entwurf. Wache Geister vermissten

aber zwei sehr wichtige Themen: Die Bereiche Bildung und Inklusion. Dabei tragen sie maßgeblich zu einer gelingenden kommunalen Infrastruktur und Steuerkraft bei. Vor allem fünf Grüne Frauen aus Neustadt am Rbge, Oldenburg und Hannover forderten eine entsprechende Ergänzung - dies mit Erfolg. Unter der Überschrift „Bildung fördern, Inklusion verwirklichen“ wurde Versäumtes in der scheinbar schon fest gezurrten „Dresdner Erklärung“ beigefügt.

Verbesserungsbedarf

Weniger erfolgreich verlief die traditionelle interfraktionelle Frauensitzung. Entsetzlich langweilige und überholte Fachvorträge wurden durch eine schlechte und unnahbare Darstellung der

Veranstaltung im Magazin des Dt. Städtetags genährt. Das schreit nicht nur nach Optimierung, sondern auch nach neuer Platzierung der Sitzung, weg vom Rand der Versammlung, mitten hinein!

Mitmachen

Insgesamt können wir als Frauen der Lokalpolitik eine Teilnahme an dieser alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung des Deutschen Städtetages nur empfehlen. Es ist eine Gelegenheit, für alle Kommunen Deutschlands etwas zu bewegen!

Regine Kramarek
Bürgermeisterin Hannover
Regine.Kramarek@hannover-rat.de



NACHGERÜCKT: KLAUS GESCHWINDER

Ingrid Wagemann gibt nach 15 Jahren Mandat ab



Klaus Geschwinder ist für Ingrid Wagemann in den Rat der LHH nachgerückt.

Mit der Ratssitzung am 16. Juli 2015 haben wir ein neues Fraktionsmitglied: Klaus Geschwinder. Er rückte für Ingrid Wagemann nach, die nach 14 Jahren ihre Ratstätigkeit beendet hatte. Klaus Geschwinder ist ausgebildeter Sozialpädagoge und Dipl.-Ing. für Raumplanung. So deckt er mit seinen Kenntnissen ein breites Spektrum kommunaler Tätigkeiten ab. Sein beruflicher Tätigkeitsschwerpunkt liegt im Verkehrsbereich. Klaus ist Teamleiter Verkehrsentwicklung und -Management in der Verwaltung der Region Hannover. Für uns Grüne ist er seit der

Kommunalwahl 2011 Mitglied im Stadtbezirksrat Vahrenwald-List. Unsere Fraktion wird er im Sportausschuss, im Sozialausschuss, in der Kommission Stadtentwicklung 2030 sowie im Aufsichtsrat der Städtischen Tochter Union Boden vertreten.

Günter Wulfert
Geschäftsführer Ratsfraktion
guenter.wulfert@hannover-rat.de



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Gerne schicken wir Euch ein neues SEPA-Mandat zu. Einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) anfordern!

Bei Fragen meldet Euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Frauke Patzke, Urs Mansmann, Rahel Missal, Sven-Christian Kindler, Carolin Kolbe, Elke Thielmann-Dittert, Ulrich Schmersow, Doris Klawunde, Norman Seibert, Aline Braun, Ronald Schütz, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Martin Nebendahl, Ute Lamla, Christiane Hussels, Regine Kramarek, Michael Dette, Katrin Langensiepen, Günter Wulfert, Pat Drenske, Kathrin Kuhfß, Henning Krause, Eberhard Röhrig-van der Meer, Ralf Strohbach, Elke Wohlfarth.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Reinhold Gravelmann, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Layout: Elke Wohlfarth

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 01/16 erscheint voraussichtlich im März 2016.

Piktogramme https://thenounproject.com: S. 8 Fledermaus entworfen von Adam Heller, Windräder entworfen von Creative Stall, S. 9 Solarpanel entworfen von Adam Terpening, S. 14 Gift entworfen von Ronald Cortez, S.15 Sack entworfen von AHA-Soft, Tonne entworfen von James Keuning, S. 20 Zeigefinger entworfen von Andres Arenas.

Fotos: Titelblatt sofina/photocase.de, S.5 Schwimmwesten pixabay.com, S.6 Johannes Bähr, S.7 Reinhold Gravelmann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66

Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de

www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:

IBAN: DE42 2512 0510 0008 4187 00

Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSW DE33 HAN



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum.

InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

ABER, ABER ...



Wir alle kennen den Klassiker: „Ich habe nichts gegen Ausländer“. Und dann kommt es, das nachgeschobene „Aber“ und eine Begründung, warum es eben doch alles ganz anders ist. Dieses „Aber“ verdreht den Sinn genau ins Gegenteil. Nein, diesen Spruch habe ich nun noch nie von einer Parteifreundin oder einem Parteifreund gehört. Und ich werde ihn auch nie hören, da bin ich mir sicher.

Immun sind wir Grünen gegen diese Aber-Konstruktionen indes- sen keineswegs. Eine kleine Auswahl: „Ich weiß, Billigfleisch ist weder gut für mich, noch für die Umwelt, aber ...“ „Man könnte da natürlich auch mit Öffis oder mit dem Fahrrad hin, statt mit dem Auto, aber ...“ „Fernreisen sind eigentlich nicht zu verantworten, aber ...“

Ich gewöhne mir diese Aberei gerade ab. Billigfleisch gibt es bei mir nicht mehr, sondern es gibt viel seltener Fleisch und wenn, dann nur noch das teure aus regionaler Produktion, vorzugsweise Bio. Kein Aber. Das Auto nehme ich nur noch, wenn es gar nicht anders geht. Kein Aber. Nur auf meine geliebten Fernreisen will ich nicht verzichten. Ich weiß, das ist verheerend

für meine CO₂-Bilanz. Deswegen verreise ich seltener, bemühe mich darum, möglichst umweltfreundlich zu reisen und gleiche den CO₂-Ausstoß mit einer Zahlung an Atmosfair aus. Auch kein Aber.

Texte, die ich schreibe, durchsuche ich neuerdings nach dem Wort „aber“. Wo ich noch eins finde, überlege ich, was ich eigentlich sagen wollte. Meistens muss ich dann den Satz komplett umwerfen. Denn das, was nach dem vermealedeiten „Aber“ kommt, ist die Realität, die den frommen Wunsch vor dem „Aber“ konterkariert. Eigentlich wollen wir ja perfekt sein, aber ... Das Gegenteil eines „Aber“, dieser rhetorischen Nebelkerze, ist Ehrlichkeit, zu mir selbst und zu anderen, auch wenn es schmerzhaft ist. Wer diesen Schmerzen aus dem Weg gehen will, muss die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit schließen. Oder eben damit leben, dass er oder sie nicht perfekt ist.

Urs Mansmann
Vorsitzender RV Hannover
urs.mansmann@
gruene-hannover.de



TERMINE

Mo, 09.11.2015	18:00 - 20:00
AG Soziales, Senior-Blumenberg Gang 1, OG	
Di, 10.11.2015	18:15 - 20:15
AG Bauen, Wohnen und Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG	
Di, 10.11.2015	17:30 - 20:00
Energiesystem der Zukunft. Fachgespräch im Niedersächsischen Landtag, Hannah-Arendt-Platz 1, Hannover	
Di, 10.11.2015	18:30 - 20:30
AG Land und Tier, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, UG	
Mi, 11.11.2015	18:00 - 20:00
AG Frauen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG	
Do, 12.11.2015	18:00 - 20:00
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG	
Do, 12.11.2015	20:15 - 21:45
More than Honey – Bitterer Honig (Doku 2012), Donnerstagskino im Apollo - Diskussion und Filmvorführung mit Christian Meyer.	
So, 15.11.2015	13:30 - 15:30
Einblick in Hannovers jüdische Vergangenheit. Führung über den jüdischen Friedhof an der Strangriede in Hannover. Anmeldung unter region@gruene-hannover.de .	
Di, 17.11.2015	15:15 - 15:00
AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
Di, 17.11.2015	18:00 - 20:00
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
Di, 17.11.2015	18:15 - 20:00
Kinder und Jugend AG	
Mi, 18.11.2015	17:00 - 19:00
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1. OG	
Mi, 18.11.2015	18:00 - 20:00
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
Do, 19.11.2015	19:00 - 21:30
Sei dabei! Mitgliederversammlung des Regionalverbands im Grünen Zentrum, UG, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover	
So, 29.11.2015	
Fahr mit uns im grünen Bus zur globalen Klima-Demo nach Berlin! Vor der Klimakonferenz in Paris, demonstrieren weltweit Hunderttausende gegen Kohle, Öl und Gas. Fahrkarten gibt es im Grünen Zentrum.	
Di, 01.12.2015	18:15 - 20:00
AG Bauen, Wohnen und Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
Mi, 02.12.2015	18:00 - 20:00
AG Frauen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 1.OG	
Di, 08.12.2015	15:15 - 16:00
AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	